

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der üblichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, und erschließt Beigergeschenk monatlich 1.00 M. Durch die Post bezogen jährlich 8.00 M., unter Ausgabe für Deutschland und Österreich zu 5.60. Erhältlich täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26281.
Sprechstunde nur zwischen 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 26281.
Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Unterwerben die Särgelzettel mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Unterwerben bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 47.

Dresden, Montag den 26. Februar 1917.

28. Jahrg.

Englische Erfundungsbücher gescheitert. — Russische Feldwoche ausgehoben. 8 Flieger im Snorgebiet abgeschossen.

(A. T. B.) Amlich. Großes Hauptquartier, den 26. Februar 1917.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In mehreren Abschüssen zwischen Remenau und der Aare einen englischen Erfundungsbücher, die teils noch feuerbereit und überflüssig erfolgten.

Nördlich von Gernay in der Champagne griffen die Franzosen an.

Zwischen Maas und Mosel gelangen Unternehmungen eigener Truppenabteilungen.

In zahlreichen Kämpfen verloren die Gegner gestern acht Flugzeuge, dabei zwei aus einem Fliegergeschwader, das erfolgreich seine Gebiete bomben abwarf.

England und der U-Bootkrieg.

Berlin, 25. Februar. Die französische Presse bespricht die Rede Lloyd George's. Der außerordentliche kommt sie überzeugt zu haben. Die gesamte Presse ist der zu, daß noch niemals ein Staatsmann der Entente so ernsthaft getroffen habe und so ernste Maßnahmen habe ergreifen müssen. Sie gibt zu, daß der Ernst und die schweren Zeiten des U-Bootkrieges nicht mehr vertreten werden dürfen. Die Einschränkungen, Lloyd George forderte, seien so groß, wie kein Land sie bisher habe über sich ergehen lassen müssen. Aber in so ernster Zeit werde wohl die politisch einstimmig hinter Lloyd George stehen.

Auflösung der schwedischen Sozialdemokratie.

Stockholm, 26. Februar. Wegen der Streitigkeiten, die in diesen Jahren in der schwedischen sozialistischen Partei vorgekommen sind, die u. a. ausgedehnte Rogenläufe zwischen der Haupt- und der jungen demokratischen Gruppe sowie auch in der Jugendfraktion herbeigeführt haben, in der 15 Mitglieder eine direkte Politik verfolgten als die Mehrheit, hat ein neuerlich

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern:

Westlich der Aare wurden russische Jagdkommandos abgewiesen. An der Bahn Aarau-Lugk wurde unsern Erfundenen das Aufheben einer feindlichen Feldwache.

Südlich von Belegans schlug ein Teilangriff der Russen fehl. Front des Generalsbergen Erzherzog Joseph:

Wie am Vorabend während eines mit kurzen Stäben gescheiterter russischer Angriff nördlich des Taurica-Passes.

Von der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen:

Mazedonischen Front sind keine wesentlichen Ereignisse gemeldet.

Der erste Generalquartiermeister: Lüdenhorst.

abgehaltenen Kongress der Partei beschlossen, die Verteilung zu ermöglichen, Maßregeln zu ergreifen, um die Minderheit dazu zu bewegen, sich den Beschlüssen der Mehrheit zu unterwerfen. Die Folge davon war, daß die Vertreter der Minderheit in der Reichstagsfraktion sowie der übrigen Opposition in der Partei eine Auseinandersetzung veranlaßten, in der erklärte wurde, daß auf einem Kongress vom 12. bis 14. Mai 1917 in Stockholm stattfinden soll, eine neue sozialistische Partei gebildet werden soll. Die neue Partei soll auf Gründen der Zimmerwalder Internationale arbeiten.

Grubenunglüd in Schlesien.

Lichtenau bei Lauban, 26. Februar. Im Kohlenbergwerk der Aktiengesellschaft Glücksdorf hat sich erstmals ein katastrophisches Unglücksfall ereignet. Bei der Einfahrt am Sonntag früh bemerkten die Bergarbeiter, daß Gas aus einem Schacht stromte, glaubten aber, daß Gas nicht vorhanden oder schließlich ein Rettungsdienst zu vollbringen sei. Beim Nachforschen nach der Ursache wurde festgestellt, daß beim Abdampfen eines älteren Schachtes abziehende Gas in die übrigen Grubenbaue drangten, die ihren Gang durch den austretenden Rettungsdienst genommen hatten. Hierbei sind durch Einatmen giftiger Gase fünf Bergleute erstickt.

Die Volksernährung in der kommenden Zeit.

Verhandlungen in der Reichstagkommission.

Die Kommission, die der Reichstag eingesetzt hat, die Ernährungsfragen zu behandeln, hielt ihre erste Sitzung am Sonnabend den 24. Februar ab, um in die Bearbeitung des Wirtschaftsplans für das Jahr 1917/18 einzutreten.

Der Präsident des Kriegsverpflegungsamtes v. Batocki, eine eingehende Darstellung über die in Aussicht genommene neuen Anordnungen. Mit dem Vortrag mußte man beginnen, auszukommen, wenn auch die Bestände nicht reichlich.

Einen sichereren Überblick haben wir nicht, welche Getreidemengen noch unausgebrochen vorliegen, weil leider durch den Rohstoffmangel die Ernte der Getreidemengen ins Stöcken geraten ist. Die Ausbaunahme soll am 1. März erfolgen. Die Nachfrage, insbesondere bei den Kartoffeln, soll mit staatlicher Hilfe erfolgen, um eventuelle Verschleierungen über vorhandene Bestände aufzuzeigen. Wir werden die Einkindung der vorhandenen Nahrungsmitte

so vornehmen, daß wir auskommen und im nächsten Halle auf unsere Reserven zurückgreifen. Die oben sind weitere Viehbestände. Die Kartoffeln sind uns große Schwierigkeiten bereitet, und als Erfolg sehr viel Kohlrüben angekauft, aber Bestände sind nicht auf den Markt gekommen, da Transportschwierigkeiten förend in den Weg traten. Solange der Markt baut, können wir die Sorgen nicht ganz überwinden. Die Mühlenpolitik, die auch auf die Einigung des Reichstags zurückzuführen ist, hat uns in der Lebensversorgung recht fühlbar Unregelmäßigkeiten gebracht. Die Veröffentlichung

Mühlen im Osten hat erhebliche Bestände Mehl und Mehl dort festgelegt, die nicht so abtransportiert werden können als notwendig. Wir werden die Ausmehrung des Getreides auf 94 Prog. erhöhen, damit wird auch leichter die Ration für die Bevölkerung in gesengtem Quantum zur Verfügung stehen und unsere Milchversorgung schwer leben. Die Kommission darüber, daß die entbehrlichen Nahrungsmittel erfaßt werden, wird mit aller Entschiedenheit durchgeführt werden.

Die Bundesstaaten haben ihre Organisation zusammengetragen. Preußen hat in dem Kommissar für Volksernährung die Stelle geschaffen. — Frühgemüse und Obst durch eine öffentliche Bewirtschaftung auf den Markt gebracht werden; es soll das auf dem Weg der Sicherung geschehen. Redner ging dann auf die Preis-

schäfte ein, die von den landwirtschaftlichen Kaufleuten unterzeichnet worden sind. Die Absonderung der Preisrelation sei richtig. Die Heraufsetzung der Getreidepreise hätte die Möglichkeit gegeben, die

tionsverhältnisse in anderen Ländern, die sehr ungünstig stehen und uns auch in Friedenszeiten die Versorgung nicht leichter machen. Wir müssen dafür sorgen, unsere eigene Produktion zu erhöhen. Die Produktion des ländlichen Dünkers ist so gestiegen, daß wir den Chilesalpeter vollständig entbehren können. Diese Produktion, die heute zu einem erheblichen Teil für Munition gefordert wird, ist uns im Frieden für die Landwirtschaft gesichert. — Abg. Dr. Böhme (Rott.) hält eine Erhöhung der Preise für einige Produkte für notwendig, sie würde den sehr gestiegenen Produktionskosten entsprechen. Es ist gegen eine Herabsetzung der Schweinepreise. — Abg. Hoff (Horch). Wp. behandelt Zustimmung die Frage einer größeren Abschaltung des Vieches, um die Gewährung der Nahrungsmittel zu erlangen. Eine Preisrelation zwischen Vieh- und Getreidepreisen sei dringend erforderlich. Er stellt sich im wesentlichen auf den Standpunkt der Preisabschaffung der Professoren. Seine politischen Freunde würden bei Roggen, Hafer und Gerste einen Preis von 280 M. für Weizen von 380 M. für angemessen halten. Der Redner bemängelt, daß auch jetzt noch Gerste und Kartoffeln in die Bremereien wandern, obwohl uns die Befreiung gegaben wurde, daß dies nicht mehr erfolgen solle.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) hält eine bessere Organisation für die Getreidebewirtschaftung für notwendig. Wir befinden uns in einer Gefahr, daß heute noch große Bestände von Getreide in den Händen der Besitzer sind, die abzuwenden notwendig ist, um die Versorgung als Viehfutter zu verhindern. Die Getreidebeschleunigungen sind weiter ein Beweis dafür, wie schwer es ist, unser Getreide in der öffentlichen Bewirtschaftung fest zu erhalten. Die Nahrungsmittelverteilung aus Hafer und Gerste ist leider nicht so erfolgt, wie uns die Befreiung gegeben wurde. Die bisherige Verteilungsquote ist außerordentlich gering und ungenügend. Redner vermißt eine Einschränkung des Tabakbaues und der Gärtnereibetriebe für Biergewächse. Die Preisrelation für unsere Produkte der Landwirtschaft ist zu befürworten, aber es geht nicht so, wie der Landwirtschaftsrat es will, von oben nach den hohen Viehprielen die Getreidepreise zu regulieren; das Umgekehrte müsse erfolgen. Aber es muß auch der Nachweis geführt werden, daß eine Preiserhöhung im Hinblick auf die erhöhten Produktionskosten notwendig ist. Redner berechnet, daß nach den Vorschlägen der Professoren Roggen und Weizen einen Aufschlag von 384 Millionen Mark erforderlich, die Kartoffeln würden ein Mehr von 240 Millionen Mark bedeuten, und bei Zwiebeln würde man den Südbauern 135 Millionen Mark zufügen lassen. Der Anteil bei der Herabsetzung der Viehpriise läuft sich auf 560 Millionen Mark veranschlagen. Dabei ist aber in Betracht zu ziehen, daß die Preiserhöhung sehr stark der Militärvorwaltung zugute kommt. Es wäre zu fordern, daß die Erbparchie, die hier erzielt werden, weiter Verwendung finden, um für die Zivilbevölkerung die Nahrungsmittel im Preis zu senken. Sehr entschieden wendet sich der Redner gegen die Erhöhung der Zuckerrüben- und der Kartoffelpreise.

Abg. Wurm (Soz. Arbg.) wendet sich gegen die vorgetragene Preisrelation, weil dafür eine eingehende Begründung fehlt. Ein überer Zustand bei den Übernahmen des Schlechthandels. Man könnte heute an einem hohen Preis fast alle Waren bekommen. Der Redner begründet dann sehr eingehend einen Produktionsüberschuss für die Landwirtschaft. — v. Batocki erklärt, daß er den Bau von Biergewächsen und Blumen zurückdrängen will; die Gemeinden haben dazu die geeigneten Vollmachten. Beim Tabakbau ist es ebenfalls, die Erzeugung zu unterbinden. Es handelt sich um ein Geschäft, auf das ein Teil der Bevölkerung schwer verzichtet. Eine Vereinigung der Produktionskosten ist unmöglich, weil die Betriebsverhältnisse sehr verschieden sind. Deshalb kann sich auch der Preis nicht auf eine Vereinigung der Produktionskosten. — Abg. Dr. Roestie (Konf.): Die landwirtschaftliche Produktion müsse eine Förderung durch angemessene Preise erfahren. Den Landwirten muß ein großer Teil der Brutt zur freien Verfügung geöffnet werden, damit er uneingeschränkt disponieren kann. Man nimmt sonst dem Landwirte jede Freude am Berufe. Es ist ganz unmöglich, daß in einer Zeit, wo der Wert des Geldes sinkt, die Viehpriise herabgesetzt werden.

Plärrige Sitzung am Montag; Fortsetzung der Verhandlung.

Ein französisches Luftschiff in Brand geschossen.

Berlin, 26. Februar. (Amtlich.) In der Nacht vom 25. zum 26. Februar wurde durch unser Abwehrfeuer ein französisches Luftschiff in Brand gesetzt. Es flog in Flammen gehüllt bei Württemberg, westlich Saargau und zw. Gedern. Beim Anfliegen auf den Erdboden explodierte die mitgeführte Abwehrmunition. Die gesamte 14 Mann bestreitende Besatzung ist tot. Die übrigen ließen die gut erhaltenen Überreste des Schiffes die Konkurrenz eingeholt haben.

Geodätischer Helfer ist befreit die Produktionsverhältnisse in anderen Ländern, die sehr ungünstig stehen und uns auch in Friedenszeiten die Versorgung nicht leichter machen. Wir müssen dafür sorgen, unsere eigene Produktion zu erhöhen. Die Produktion des ländlichen Dünkers ist so gestiegen, daß wir den Chilesalpeter vollständig entbehren können. Diese Produktion, die heute zu einem erheblichen Teil für Munition gefordert wird, ist uns im Frieden für die Landwirtschaft gesichert. — Abg. Dr. Böhme (Rott.) hält eine Erhöhung der Preise für einige Produkte für notwendig, sie würde den sehr gestiegenen Produktionskosten entsprechen. Es ist gegen eine Herabsetzung der Schweinepreise. — Abg. Hoff (Horch). Wp. behandelt Zustimmung die Frage einer größeren Abschaltung des Vieches, um die Gewährung der Nahrungsmittel zu erlangen. Eine Preisrelation zwischen Vieh- und Getreidepreisen sei dringend erforderlich. Er stellt sich im wesentlichen auf den Standpunkt der Preisabschaffung der Professoren. Seine politischen Freunde würden bei Roggen, Hafer und Gerste einen Preis von 280 M. für Weizen von 380 M. für angemessen halten. Der Redner bemängelt, daß auch jetzt noch Gerste und Kartoffeln in die Bremereien wandern, obwohl uns die Befreiung gegaben wurde, daß dies nicht mehr erfolgen solle.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) hält eine bessere Organisation für die Getreidebewirtschaftung für notwendig. Wir befinden uns in einer Gefahr, daß heute noch große Bestände von Getreide in den Händen der Besitzer sind, die abzuwenden notwendig ist, um die Versorgung als Viehfutter zu verhindern. Die Getreidebeschleunigungen sind weiter ein Beweis dafür, wie schwer es ist, unser Getreide in der öffentlichen Bewirtschaftung fest zu erhalten. Die Nahrungsmittelverteilung aus Hafer und Gerste ist leider nicht so erfolgt, wie uns die Befreiung gegeben wurde. Die bisherige Verteilungsquote ist außerordentlich gering und ungenügend. Redner vermißt eine Einschränkung des Tabakbaues und der Gärtnereibetriebe für Biergewächse. Die Preisrelation für unsere Produkte der Landwirtschaft ist zu befürworten, aber es geht nicht so, wie der Landwirtschaftsrat es will, von oben nach den hohen Viehprielen die Getreidepreise zu regulieren; das Umgekehrte müsse erfolgen. Aber es muß auch der Nachweis geführt werden, daß eine Preiserhöhung im Hinblick auf die erhöhten Produktionskosten notwendig ist. Redner berechnet, daß nach den Vorschlägen der Professoren Roggen und Weizen einen Aufschlag von 384 Millionen Mark erforderlich, die Kartoffeln würden ein Mehr von 240 Millionen Mark bedeuten, und bei Zwiebeln würde man den Südbauern 135 Millionen Mark zufügen lassen. Der Anteil bei der Herabsetzung der Viehpriise läuft sich auf 560 Millionen Mark veranschlagen. Dabei ist aber in Betracht zu ziehen, daß die Preiserhöhung sehr stark der Militärvorwaltung zugute kommt. Es wäre zu fordern, daß die Erbparchie, die hier erzielt werden, weiter Verwendung finden, um für die Zivilbevölkerung die Nahrungsmittel im Preis zu senken. Sehr entschieden wendet sich der Redner gegen die Erhöhung der Zuckerrüben- und der Kartoffelpreise.

Abg. Wurm (Soz. Arbg.) wendet sich gegen die vorgetragene Preisrelation, weil dafür eine eingehende Begründung fehlt. Ein überer Zustand bei den Übernahmen des Schlechthandels. Man könnte heute an einem hohen Preis fast alle Waren bekommen. Der Redner begründet dann sehr eingehend einen Produktionsüberschuss für die Landwirtschaft. — v. Batocki erklärt, daß er den Bau von Biergewächsen und Blumen zurückdrängen will; die Gemeinden haben dazu die geeigneten Vollmachten. Beim Tabakbau ist es ebenfalls, die Erzeugung zu unterbinden. Es handelt sich um ein Geschäft, auf das ein Teil der Bevölkerung schwer verzichtet. Eine Vereinigung der Produktionskosten ist unmöglich, weil die Betriebsverhältnisse sehr verschieden sind. Deshalb kann sich auch der Preis nicht auf eine Vereinigung der Produktionskosten. — Abg. Dr. Roestie (Konf.): Die landwirtschaftliche Produktion müsse eine Förderung durch angemessene Preise erfahren. Den Landwirten muß ein großer Teil der Brutt zur freien Verfügung geöffnet werden, damit er uneingeschränkt disponieren kann. Man nimmt sonst dem Landwirte jede Freude am Berufe. Es ist ganz unmöglich, daß in einer Zeit, wo der Wert des Geldes sinkt, die Viehpriise herabgesetzt werden.

Plärrige Sitzung am Montag; Fortsetzung der Verhandlung.

Ein französisches Luftschiff in Brand geschossen.

Berlin, 26. Februar. (Amtlich.) In der Nacht vom 25. zum 26. Februar wurde durch unser Abwehrfeuer ein französisches Luftschiff in Brand gesetzt. Es flog in Flammen gehüllt bei Württemberg, westlich Saargau und zw. Gedern. Beim Anfliegen auf den Erdboden explodierte die mitgeführte Abwehrmunition. Die gesamte 14 Mann bestreitende Besatzung ist tot. Die übrigen ließen die gut erhaltenen Überreste des Schiffes die Konkurrenz eingeholt haben.

Geodätischer Helfer ist befreit die Produktionsverhältnisse in anderen Ländern, die sehr ungünstig stehen und uns auch in Friedenszeiten die Versorgung nicht leichter machen. Wir müssen dafür sorgen, unsere eigene Produktion zu erhöhen. Die Produktion des ländlichen Dünkers ist so gestiegen, daß wir den Chilesalpeter vollständig entbehren können. Diese Produktion, die heute zu einem erheblichen Teil für Munition gefordert wird, ist uns im Frieden für die Landwirtschaft gesichert. — Abg. Dr. Böhme (Rott.) hält eine Erhöhung der Preise für einige Produkte für notwendig, sie würde den sehr gestiegenen Produktionskosten entsprechen. Es ist gegen eine Herabsetzung der Schweinepreise. — Abg. Hoff (Horch). Wp. behandelt Zustimmung die Frage einer größeren Abschaltung des Vieches, um die Gewährung der Nahrungsmittel zu erlangen. Eine Preisrelation zwischen Vieh- und Getreidepreisen sei dringend erforderlich. Er stellt sich im wesentlichen auf den Standpunkt der Preisabschaffung der Professoren. Seine politischen Freunde würden bei Roggen, Hafer und Gerste einen Preis von 280 M. für Weizen von 380 M. für angemessen halten. Der Redner bemängelt, daß auch jetzt noch Gerste und Kartoffeln in die Bremereien wandern, obwohl uns die Befreiung gegaben wurde, daß dies nicht mehr erfolgen solle.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) hält eine bessere Organisation für die Getreidebewirtschaftung für notwendig. Wir befinden uns in einer Gefahr, daß heute noch große Bestände von Getreide in den Händen der Besitzer sind, die abzuwenden notwendig ist, um die Versorgung als Viehfutter zu verhindern. Die Getreidebeschleunigungen sind weiter ein Beweis dafür, wie schwer es ist, unser Getreide in der öffentlichen Bewirtschaftung fest zu erhalten. Die Nahrungsmittelverteilung aus Hafer und Gerste ist leider nicht so erfolgt, wie uns die Befreiung gegeben wurde. Die bisherige Verteilungsquote ist außerordentlich gering und ungenügend. Redner vermißt eine Einschränkung des Tabakbaues und der Gärtnereibetriebe für Biergewächse. Die Preisrelation für unsere Produkte der Landwirtschaft ist zu befürworten, aber es geht nicht so, wie der Landwirtschaftsrat es will, von oben nach den hohen Viehprielen die Getreidepreise zu regulieren; das Umgekehrte müsse erfolgen. Aber es muß auch der Nachweis geführt werden, daß eine Preiserhöhung im Hinblick auf die erhöhten Produktionskosten notwendig ist. Redner berechnet, daß nach den Vorschlägen der Professoren Roggen und Weizen einen Aufschlag von 384 Millionen Mark erforderlich, die Kartoffeln würden ein Mehr von 240 Millionen Mark bedeuten, und bei Zwiebeln würde man den Südbauern 135 Millionen Mark zufügen lassen. Der Anteil bei der Herabsetzung der Viehpriise läuft sich auf 560 Millionen Mark veranschlagen. Dabei ist aber in Betracht zu ziehen, daß die Preiserhöhung sehr stark der Militärvorwaltung zugute kommt. Es wäre zu fordern, daß die Erbparchie, die hier erzielt werden, weiter Verwendung finden, um für die Zivilbevölkerung die Nahrungsmittel im Preis zu senken. Sehr entschieden wendet sich der Redner gegen die Erhöhung der Zuckerrüben- und der Kartoffelpreise.

Abg. Wurm (Soz. Arbg.) wendet sich gegen die vorgetragene Preisrelation, weil dafür eine eingehende Begründung fehlt. Ein überer Zustand bei den Übernahmen des Schlechthandels. Man könnte heute an einem hohen Preis fast alle Waren bekommen. Der Redner begründet dann sehr eingehend einen Produktionsüberschuss für die Landwirtschaft. — v. Batocki erklärt, daß er den Bau von Biergewächsen und Blumen zurückdrängen will; die Gemeinden haben dazu die geeigneten Vollmachten. Beim Tabakbau ist es ebenfalls, die Erzeugung zu unterbinden. Es handelt sich um ein Geschäft, auf das ein Teil der Bevölkerung schwer verzichtet. Eine Vereinigung der Produktionskosten ist unmöglich, weil die Betriebsverhältnisse sehr verschied